

## **Ist die CDU noch christlich?**

### **Gastkommentar für die „Welt“ von Joachim Kardinal Meisner**

*In einem Gastkommentar für die Tageszeitung ‚Die Welt‘ hat sich der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner erneut in die Diskussion um den Import embryonaler Stammzellen eingeschaltet. PEK dokumentiert den Text des Kardinals, der am 19. Januar veröffentlicht wurde, im Wortlaut:*

In allen demokratischen Parteien gibt es bekennende Christen, die ihr politisches Engagement als Teil ihres christlichen Weltauftrags verstehen. Das ist gut so und entspricht der kraftvollen Ermutigung der Laien in der Kirche durch das 2. Vatikanische Konzil. Daher tun die Bischöfe gut daran, zu politischen Themen, die einer besonderen säkularen Kompetenz bedürfen und bei denen man aus tiefer christlicher Überzeugung zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommen kann, mit öffentlichen Erklärungen äußerst zurückhaltend zu sein.

Das kann und darf aber nicht bedeuten, dass die katholische Kirche sich durch die Stimme ihrer Bischöfe nur noch zu Fragen des Sonntagsgottesdienstes und der Sakramentenspendung äußert. Aufforderungen an die Kirche, sich in die Sakristei zurückzuziehen, hat es in der Geschichte absolutistischer und totalitärer Regime bekanntlich zuhauf gegeben. Doch der öffentliche Widerstand eines Bischofs von Galen gegen die menschenverachtende Euthanasieaktion der Nationalsozialisten war nicht eine private Marotte dieses Mannes, sondern der Bischof von Münster nahm mit diesem seinem öffentlichen Auftreten seinen ureigensten Auftrag als Bischof wahr. Der nationalsozialistische Staat hat der katholischen Kirche damals eine solche und andere Interventionen als Übergriffe vorgeworfen. Unser demokratisches Gemeinwesen akzeptiert demgegenüber die Stimme der Kirche auch im politischen Raum. Freilich liebt man kirchliche Äußerungen vor allem bei Feierstunden, wenn sie prinzipiell, allgemein und so ausgewogen sind, dass sie die Harmonie nicht irritieren. Man wünscht sich die Kirche als Nachdenklichkeitslieferant. Aber stören soll sie nicht.

Das ist allerdings mit der Kirche Christi nicht gut zu machen. Das Christentum ist nicht nur prinzipiell, sondern auch sehr real, nicht nur allgemein, sondern auch sehr konkret, und ausgewogen ist es auch nicht. Es glaubt an einen Skandal, an den Skandal des Kreuzes, dass nämlich Gott die Menschen, alle Menschen, so sehr liebt, dass er selbst Mensch geworden ist und seine erlösende Liebe zu den Menschen bis hin zu seinem Tod am Kreuz erwiesen hat. Damit war das Christentum von Anbeginn nicht vor allem eine Weltanschauung - den Glauben an die Erschaffung der Welt durch Gott teilt das Christentum mit vielen anderen Religionen. Das Christentum vertritt eine bestimmte „Menschenanschauung“. Es begann mit dem Ruf „Ecce homo!“ - Seht den Menschen! Und deswegen hätte ein christlicher Bischof sein Amt verfehlt, wenn er ange-

sichts der Entwürdigung von alten Menschen, der Tötung von kleinen Menschen, der Selektion von behinderten Menschen, der „Verwertung“ von getöteten Menschen zum Nutzen von kranken Menschen, der Einstufung der Menschen nach angeblich unterschiedlichem „Wert“, nicht eindeutig und klar die Stimme erheben würde.

Daher habe ich mich in den letzten Jahren verschiedentlich zu bioethischen Fragen geäußert (zuletzt in „DIE WELT“ am 21.2.2001). Die Deutsche Bischofskonferenz hat im März 2001 eine Erklärung zu einigen konkreten Fragen von Gentechnik und Biomedizin abgegeben, die an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Insbesondere Präimplantationsdiagnostik, sowie Herstellung und Import von embryonalen Stammzellen sind nach diesen Erklärungen aus christlicher Sicht strikt abzulehnen. Dennoch muss man zu Beginn des Jahres 2002 nüchtern feststellen, dass diese verschiedenen differenziert argumentierenden Texte im politischen Raum nichts Wesentliches bewirkt haben. Von einzelnen sehr nachdenklichen und fundierten Beiträgen abgesehen - hier ist besonders die verdienstvolle Arbeit der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zu bioethischen Fragen zu nennen - scheinen Führungspersonlichkeiten der politischen Parteien bioethische Debatten zumeist als Hemmnisse für das zu verstehen, was sie für den Fortschritt halten. Den Eindruck zu vermitteln, dass man beim internationalen oder nationalen, allgemeinen oder wissenschaftlichen Fortschritt nicht dabei ist, halten sie für verheerend und wahlchancenvernichtend.

Das Mittel, mit dem man die Öffentlichkeit über die Absicht der Narkotisierung der angeblich fortschritts-hemmenden Ethik hinwegtäuscht, heißt „Diskussion“, „intensive Diskussion“ oder „breite Diskussion“, je nach Geschmack. Nun sind Diskussionen gerade in der Wissenschaft zweifellos wichtig und geradezu unabdingbar zur Wägung von Argumenten und zur Erzielung neuer Erkenntnisse. Aber es gibt keine wissenschaftlichen Diskussionen über unstrittige und seit Jahrzehnten bekannte wissenschaftliche Ergebnisse. Es ist seit Jahrzehnten wissenschaftlich unstrittig, dass von der Befruchtung der Eizelle an ein höchst individueller unverwechselbarer Mensch sich entwickelt. Es gibt nach diesem Zeitpunkt aus wissenschaftlicher Sicht keine eigentlichen Grenzen mehr, sondern nur noch Grenzen, die von bestimmten Interessen gesetzt werden. Und ein Interesse ist heute übermächtig: Das Interesse der lebenden erwachsenen Menschen an der Erhaltung ihrer Gesundheit. In diesem Interesse scheinen heute die letzten Schranken zu fallen. Die Stimmung geht dahin, dass man meint, für die Gesundheit erwachsener Menschen ganz kleine Menschen töten zu dürfen. Die Konsumgesellschaft beginnt, sich selbst zu konsumieren. Mit dem Ausdruck „Ethik des Heilens“ verschlei-ert man diese Barbarei.

Es geht also um Interessen, um Rhetorik und um politische Taktik. Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland setzt zum Zwecke einer „intensiven Diskussion“ einen „Nationalen Ethikrat“ ein, dessen Zusammensetzung er so bestimmen konnte, dass ein ihm genehmes Mehrheitsvotum herauskam. Und prompt war nicht der Rat der zum Teil hoch respektablen Mitglieder die öffentliche Botschaft, sondern das sorgfältig vorausgeplante Mehrheitsergebnis.

Man sollte meinen, dass die Opposition gegen eine solche Taktik mit einer fundierten wertorientierten Position aufbegehren würde, gerade wenn die größte Oppositionspartei, die CDU, das „christlich“ im Namen führt. Zwar gibt es in dieser Partei äußerst engagierte Christen, die vorbildlich ihre christliche Auffassung vom Menschen zur Sprache zu bringen versuchen. Doch gewinnt man zunehmend den Eindruck, dass einige Führungskräfte dieser Partei andere Prioritäten setzen und bereit sind, fragwürdige Wege zu beschreiten. So will man neuerdings die Einfuhr nur solcher embryonaler Stammzellen erlauben, die vor einem Stichtag gewonnen wurden. In den fundierten Ergebnissen der Enquetekommission des Deutschen Bundestages ist nachzulesen, dass ein solches Gesetz bei durchschnittlicher Dauer eines Gesetzgebungsverfahrens de facto nur etwa für 2 Monate relevant wäre. Das wäre eine legislatorische Absurdität. Der Stichtag würde zweifellos zur ethischen Wanderdüne. Besonders unangenehm wirkt es dabei, wenn für ethisch unverantwortbare Positionen mit einer pathetischen „christlichen“ Rhetorik geworben wird.

Keine Partei darf die Frage der Präimplantationsdiagnostik und der Einfuhr embryonaler Stammzellen taktisch herunterspielen und bloß zur Privatentscheidung von Parlamentariern machen. Der Bundesparteitag der CDU hat dazu kein Votum abgegeben. Auch die Bundesvorsitzende der CDU verweist seit Monaten nur

auf eine „breite Diskussion in der Partei“. Die Entscheidung, die der Deutsche Bundestag Ende Januar zu treffen hat, betrifft aber kein peripheres Thema, sondern ist eine Grundentscheidung darüber, inwieweit künftig der Menschenwürdebegriff des Grundgesetzes nur noch als Verfassungslyrik verstanden werden wird und vor allem inwieweit wir Christen uns in dieser Rechtsordnung noch wirklich heimisch fühlen können. Zu einer solchen, nicht nur für Christen in unserem Lande dramatischen Debatte, existiert bis heute also keine Parteimeinung der CDU. Es gibt demnach eine „christlich-demokratische“ Meinung zur Steuerpolitik, aber es gibt keine „christlich-demokratische“ Meinung zum christlichen Menschenbild, jedenfalls dann nicht, wenn es konkret wird. Das ist geradezu grotesk und für Christen alarmierend.

Die Bundestagsdebatte am 30. Januar 2002 kann für manche Partei ein historischer Tag wider Willen werden. Auch wenn einige wohl in Verkennung des Ernstes der Lage hoffen, bald wieder zur Tagesordnung übergehen zu können: Die katholische Kirche wird darin nicht zur Tagesordnung übergehen können. Wir werden die Beiträge der Politiker mit äußerster Aufmerksamkeit verfolgen und daraus dann unsere Konsequenzen zu ziehen haben.